

## Antrag

### der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

#### Trilaterale Partnerschaften in der ASEAN-Region stärken – Deutsches Know-how nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die ASEAN-Mitgliedstaaten (Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam) bilden für die EU und Deutschland, insbesondere mit der Einführung der ASEAN-Wirtschaftsgemeinschaft im Dezember 2015, nicht nur einen wichtigen Wirtschaftsraum, sondern auch einen politischen Partner mit wachsender Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Initiative für die ASEAN-Integration (IAI) weiter an Bedeutung. Sie verstärkt die Notwendigkeit, neue und weniger entwickelte ASEAN-Mitgliedstaaten, Kambodscha, Laos, Myanmar und Vietnam (CLMV-Staaten), bei der Verringerung des Entwicklungsgefälles zu unterstützen sowie auch den Prozess der regionalen Integration zu beschleunigen.

Die ASEAN-Mitgliedstaaten sind mehrheitlich Partnerländer der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ). In keiner Weltregion ist die deutsche EZ mit derart unterschiedlichen Entwicklungsniveaus konfrontiert. Die Pro-Kopf-Einkommen liegen zwischen ca. 1500 US-Dollar in Myanmar und 55.000 US-Dollar in Singapur.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, in der Region so genannte strategische Partnerschaften mit langfristiger Perspektive aufzubauen. Sie kann auf den guten Erfahrungen der Entwicklungszusammenarbeit und der Wirtschaftsbeziehungen mit den ASEAN-Staaten aufbauen. Schwellenländer wie z. B. Thailand oder Malaysia haben ihre Süd-Süd-Kooperation in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet; auch das Interesse an trilateraler Kooperation ist damit größer geworden.

Die wirtschaftlich Fortgeschrittenen unter ihnen haben Interesse an wirtschaftlich und politisch stabilen Verhältnissen in den ärmeren Nachbarstaaten. Die Vertiefung und Erweiterung der Integration der ASEAN-Länder wird daher von der internationalen und bilateralen Technischen Zusammenarbeit und Entwicklung begleitet. Das Ziel ist, die wirtschaftliche Entwicklung und Integration von Kambodscha, Laos, Myanmar und Vietnam zu beschleunigen. Deshalb engagiert sich beispielsweise Thailand als regional relevanter Geber in der Entwicklungspolitik. Das Königreich ist als Schwellenland aus der Rolle eines Nehmerlandes der Entwicklungszusammenarbeit herausgewachsen und übernimmt zunehmend Verantwortung für die Entwicklung in der Region sowie den regionalen Integrationsprozess. Thailand hat dafür 2004 eine Entwicklungsagentur, die Thailand International Development Cooperation Agency (TICA)

gegründet. Wissenstransfer steht im Mittelpunkt der Arbeit. Fachliche und finanzielle Beiträge der Partner entsprechend ihren jeweiligen Stärken sollen Synergien zum Nutzen aller Beteiligten schaffen.

Das Instrument der Dreieckskooperation (trilaterale Kooperation) wird in der deutschen Entwicklungspolitik bereits seit Mitte der 1980er Jahre erfolgreich eingesetzt. Es hat sich in vielen Kooperationsbereichen bewährt (berufliche Bildung, Klimaschutz, ländliche Entwicklung, Corporate Social Responsibility u. a.). Trilaterale Partnerschaften sind zunehmend als ein praktisches Bindeglied zwischen Süd-Süd und der Nord-Süd-Entwicklungszusammenarbeit zu sehen sowie als ein wirksames Instrument in der internationalen Zusammenarbeit, um den Austausch und die Weiterentwicklung von Wissen und Erfahrungen zu fördern.

Die internationalen Erklärungen von Doha (2008), Accra (2008) und Busan (2011) unterstreichen die Bedeutung der trilateralen Partnerschaften bzw. der Dreieckskooperation zur Förderung des internationalen Dialogs und gegenseitigen Lernens.

Im ASEAN-Raum bietet das Nebeneinander von Staaten mit unterschiedlichem wirtschaftlichem Entwicklungsniveau und Know-how besonders günstige Voraussetzungen für trilaterale Kooperation. Das Ziel dieser Kooperation ist, die komparativen Vorteile im Entwicklungsbereich zu bündeln und zum Nutzen dritter Staaten im ASEAN-Raum einzusetzen. Förderbedarf in den ärmeren Ländern korrespondiert mit Stärken bei den wirtschaftlich stärkeren Nachbarn und kann der regionalen Entwicklung nutzen. Synergien entstehen dadurch, dass sich alle Seiten mit komplementären fachlichen und finanziellen Beiträgen beteiligen und ihre komparativen Vorteile einbringen. Die deutsche Seite würde vor allem ihr umfassendes Fach- und Methodenwissen in der internationalen Zusammenarbeit beitragen. Dabei lernen alle Seiten voneinander.

Damit entwicklungspolitische Dreieckskooperationen sich für alle Beteiligten lohnen, müssen grundlegende Voraussetzungen erfüllt sein: die Bereitschaft der Partner, eigene Ressourcen bereitzustellen, die Anerkennung vereinbarter Standards der Zusammenarbeit und eine sorgfältige Geberkoordinierung. Ein Wettbewerb zwischen Gebern – getrieben von ihren eigenen Interessen – ist zu vermeiden. Sowohl international als auch zwischen den nationalen Akteuren muss bei Dreieckskooperation Transparenz und Kohärenz hergestellt werden.

Dreieckskooperationen sind auch mit Risiken verbunden. Genannt werden sollen hier möglicherweise hohe Transaktionskosten, mangelnde Akzeptanz und Interessenkonflikte mit einer Regionalmacht oder anderen Wettbewerbern um Einfluss. Auch können eventuelle Konflikte zwischen den Kooperationspartnern in anderen sensiblen Bereichen als denen der Zusammenarbeit aufkommen. Zudem ist die Ownership des Empfängerlandes nicht immer gegeben. Diese ist jedoch für eine erfolgreiche Kooperation unverzichtbar. Unter Effizienzgesichtspunkten ist darauf zu achten, dass die Transaktionskosten für trilaterale Abstimmung im Verhältnis zum Volumen der Maßnahmen angemessen sind und potenzielle Synergieeffekte nicht übersteigen. Praxiserfahrung wird Reibungsverluste mittelfristig verringern. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, die KfW-Entwicklungsbank, die Deutsche-Welle-Akademie (DWA) und Organisationen der Zivilgesellschaft, die Kirchen und die politischen Stiftungen haben langjährige Erfahrung in der Durchführung von trilateralen Kooperationen.

Die ASEAN-Mitgliedstaaten sind an Deutschlands EZ-Erfahrungen bei der Förderung von grenzüberschreitenden Vorhaben interessiert. Insbesondere in den Grenzregionen gibt es Entwicklungsherausforderungen, die nicht an der Staatsgrenze enden. Fälle von Zwangsarbeit auf thailändischen Fischfangkuttern oder andere menschenunwürdige Arbeitsbedingungen stellen große, grenzüberschreitende Herausforderungen dar, da hier die Betroffenen oftmals Arbeitende aus den ärmeren ASEAN-Staaten sind.

Ein Beispiel, wie die EZ zu einem Strukturwandel beitragen kann, bieten der Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Indonesien und Myanmar zur Förderung der beruflichen Bildung sowie zur Dezentralisierung der Fiskalverwaltung. In beiden Bereichen bringt Deutschland seine Expertise ein und fördert damit den Ausbau und die Weiterentwicklung von bestehenden Strukturen.

Im Grenzgebiet zwischen Thailand, Laos und Myanmar konnte der Drogenanbau durch alternative entwicklungspolitische Maßnahmen vorübergehend eingedämmt und durch Teeanbau und Tourismus substituiert werden. In jüngerer Zeit ist er jedoch in die Region zurückgekehrt. Methylamphetamine werden von dort in ganz Südostasien verbreitet mit Auswirkungen auf die Drogenmärkte in Europa und Nordamerika. Die neue Entwicklung hat ihre Ursachen vor allem in einer noch fehlenden, dauerhaften Minimierung von wirtschaftlichen Anreizen für den Anbau und Handel der Drogen sowie fehlenden, langfristigen Maßnahmen im Bereich von guter Regierungsführung. Es bedarf daher eines noch engagierteren Einsatzes der Partnerregierungen, um die EZ vor Ort entsprechend zu flankieren.

Die meisten wirtschaftlich weiter entwickelten ASEAN-Staaten verfügen über entwicklungspolitische Institutionen, die sich im Wesentlichen auf die ärmeren ASEAN-Nachbarn ausrichten. Obwohl Dreiecks Kooperationen für alle Partner Vorteile hätten, wird dieses Modell in der Praxis wenig eingesetzt. Um zukünftig mehr Vorhaben mit einer positiven Schnittmenge zu initiieren, muss die Bundesregierung die richtigen entwicklungspolitischen Weichenstellungen vornehmen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, innerhalb des bestehenden Finanzrahmens
  1. das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEVal) mit der Evaluierung von Dreiecks Kooperationen mit deutscher Beteiligung zu beauftragen und die Handlungsempfehlungen für weitere Projekte zu nutzen;
  2. eine Ausweitung bestehender wirksamer und effizienter entwicklungspolitischer Dreiecks Kooperationen in der ASEAN-Region und die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von trilateralen Partnerschaften zu prüfen;
  3. neue entwicklungspolitische Dreiecks Kooperationen in strategisch wichtigen Bereichen zu entwickeln, wenn dadurch entwicklungspolitische Synergieeffekte erzielt werden können;
  4. neue Dreiecks Kooperationen und Kofinanzierungen mit anderen traditionellen Gebern in der ASEAN-Region, wie beispielsweise Australien und Japan, zu prüfen;
  5. neue Geber für trilaterale Vorhaben zu gewinnen und bei ihnen für international anerkannte Standards der Entwicklungspolitik zu werben;
  6. bei den durch Dreiecks Kooperationen angestoßenen Maßnahmen die Durchsetzung international anerkannter Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards (z. B. ILO-Kernarbeitsnormen) zu fördern;
  7. neue Kooperationsfelder für Dreiecks Kooperationen zu identifizieren, die insbesondere der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) und des Pariser Klimaabkommens dienen;
  8. dabei auch die lokale Privatwirtschaft und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in trilaterale Projekte einzubeziehen;
  9. die wirtschaftliche Zusammenarbeit durch trilaterale Projekte stärker auszubauen, beispielsweise in den Bereichen Umweltschutz und Umwelttechnik, berufliche Bildung und Entwicklung nachhaltiger Geschäftsmodelle in der Tourismuswirtschaft, parlamentarische Haushaltskontrolle, Wettbewerbspolitik etc.;

10. Dialogplattformen und Wissensbörsen zum intensiveren Wissensaustausch der Projektpartner zum Bestandteil von Dreieckskooperationen zu machen.

Berlin, den 13. Dezember 2016

**Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion**

**Thomas Oppermann und Fraktion**